Nr. 111. 9. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2955) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: R. Stenzel in Hamburg.

Dienstag, den 14. Mai 1895.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die Entscheidung.

Berlin, 12. Mai.

□ Viel schneller, als allseitig erwartet worden, ist die definitive Entscheidung über die Umsturzvorlage gefallen. Vierzehn Tage waren für die Verhandlungen vorgesehen, doch nur vier Sitzungen waren erforderlich, dieselben zu Ende zu bringen und zwar im Sinne der ungeheuren Mehrheit der deutschen Nation. „Die Umsturzvorlage ist abgelehnt“ — das war die Kunde, die der Telegraph gestern Abend in alle Welt hinausblitzte. Diese Ablehnung ist eine endgültige. Eine dritte Berathung, welche ein anderes Resultat ergeben könnte, findet nach der Geschäftsordnung des Reichstages nicht statt, nachdem der Entwurf der Regierung sowohl wie die Kommissionsbeschlüsse in all' ihren Theilen abgelehnt worden sind.

Nicht mit Sicherheit konnte dieser Ausgang vorausgesehen werden. Noch bis zum Entscheid über den § 112 war in gestriger Sitzung die starke Möglichkeit vorhanden, daß die gründliche Durchberathung jedes einzelnen Punktes stattfinden und wenigstens für die den „Schutz der militärischen Disziplin“ bezweckenden Bestimmungen eine Mehrheit sich finden werde. Allerdings hatte der preußische Justizminister Schönstedt am Tage zuvor erklärt: für die Regierung stehe und falle die Vorlage mit dem § 111, welcher die Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen betrifft. Aber es war in parlamentarischen Kreisen öffentliches Geheimniß, daß die Regierung gar nicht abgeneigt sei, mit dem Militärparagraphen vorlieb zu nehmen. Hätte sie nicht mit der Hoffnung sich getragen, daß wenigstens dieser Paragraph zu retten sei, so würde es völlig unverständlich sein, weshalb sie nicht nach Ablehnung des § 111 sofort die Erklärung abgab, daß sie nunmehr den Rest der Vorlage zurückziehe. Indem sie das nicht that und so die Debatte über den § 112 herbeiführte, wollte sie doch sicher nicht das Verlangen nach weiteren Blamagen und Niederlagen kundgeben. O nein, sie hoffte immer noch, etwas zu erreichen; ohne Zweifel setzte sie auch noch einige Hoffnung auf die eventuelle dritte Berathung, die ja hätte stattfinden müssen, wenn auch nur ein Punkt Annahme gefunden hätte. Wäre das nicht der Fall gewesen, sie hätte wahrlich alle Ursache gehabt, in ihrem eigenen Interesse nach Ablehnung des § 111 den für sie gradezu niederschmetternden, ihre „Autorität“ auf's Tiefste erschütternden Verhandlungen durch Zurückziehung der Vorlage ein Ende zu machen. Sie brachte um ihrer Hoffnungen willen das Opfer, vor der ganzen zivilisirten Welt noch länger auf der Anklagebank zu sitzen und die vernichtendsten Urtheile über sich ergehen zu lassen. Man mag billig staunen über das Unmaß dieses „moralischen Muthes“, der gradezu in Selbstopferung gipfelte — aber politisch klug wird dieses Verhalten keinem vernünftigen Politiker bedünken. Uns, die wir den Verhandlungen an Ort und Stelle folgten, war es mitunter, als verspürten wir in unseren hartgesottenen Herzen so etwas wie eine leise Regung des Mitleids für die Männer, die am Regierungstische die „staatserhaltende Autorität“ repräsentiren, zu der nach ihrer Ansicht gläubig und vertrauensvoll aufzublicken das Volk die „Pflicht“ hat. Da saßen sie, mit dem enfant terrible der offiziellen preußisch-germanischen Reaktion, Herrn Polizeiminister v. Köller, in der Mitte, die weisen Staatsmänner, denen die Aufgabe zugefallen war, die Umsturzvorlage zu vertheidigen und zu „rechtfertigen“, — da saßen sie, um in niedergedrücktester Stimmung die Schuld des reaktionären Geistes moralisch zu büßen. Und jedesmal, wenn sie zur Vertheidigung und „Rechtfertigung“ dieses Geistes das Wort nahmen, offenbarten sie die Schwäche und Unhaltbarkeit ihrer Position, boten sie der Opposition Waffen, die im nächsten Augenblicke mit vernichtender Gewalt auf sie niedersausten und ihnen klaffende Wunden schlugen, die so bald wohl nicht vernarben werden. Die „Bekämpfer des Umsturzes“ haben in den letzten vier Tagen unendlich mehr noch als vorher schon das reaktionäre Regiment in seinen Grundlagen wider Willen erschüttert und grade den Ideen Vorschub leisten helfen, die sie als „umstürzlerisch“ bekämpfen wollten oder — sollten. Erstarkt ist die Sozialdemokratie aus dem Kampfe hervorgegangen und auf den Trümmern der Umsturzvorlage, die zu ihrem Verderben bestimmt war, erhebt sie stolz und kühn ihr Banner. Aber würde sie denn besiegt sein, wenn das, was die Regierung, oder das, was das Zentrum wollte, Gesetz geworden wäre? Nein! Dann hätte sie auf dem Boden dieses Gesetzes den Kampf gegen die reaktionären Gewalten geführt, entschlossen und opferfreudig wie seither, überzeugt, daß der Sieg ihr werden müsse.

Die von unseren Genossen Auer und Bebel gehaltenen Reden bilden, wie selbst die Gegner, so weit sie ehrlich sind, zugeben, den Mittelpunkt der Reichstagsverhandlungen der letzten vier Tage, auf welchen das allgemeine Interesse sich konzentrirte. Wenn der ultramontane Abgeordnete Gröber meinte: „Die Sozialdemokratie hat ein Schweineglück“, so beweist das nur, wie unangenehm in den Kreisen seiner Partei die Thatsache empfunden wird, daß deren Absichten an den Zerwürfnissen der sogenannten „Ordnungsparteien“ scheiterten. Uebrigens sollte Herr Gröber wissen, daß das „Schweineglück“ der Sozialdemokratie immer darin bestanden hat, daß jede zu ihrer Vernichtung bestimmte Maßregel ihre Erstarkung und die Schwächung ihrer Gegner bewirkt hat. Dieses „Schweineglück“, die Konsequenz der unüberwindlichen gerechten Prinzipien der Sozialdemokratie, wird bei ihr bleiben.

Mit dem Fortschreiten der Debatte über die weiteren Punkte der Vorlage würde die Sozialdemokratie noch eine ganze Reihe moralischer Siege über die Regierung und die „Ordnungsparteien“ erkämpft haben. Die Rollen waren vertheilt, die Redner zu jedem Paragraphen bestimmt. Hauptsächlich in der Debatte über den § 130 würden Regierung und „Ordnungsparteien“ noch gründliche Abfertigung, betreffend Ehe, Familie, Religion, Monarchie und Eigenthum, erlitten haben. Nicht minder würde der § 166 und der § 49b Anlaß zu vernichtenden Schlägen gegen die Reaktion geboten haben. Bei letzterem Paragraphen würde hauptsächlich das Spitzel- und agent provocateur-Unwesen zur Erörterung gekommen sein und besonders Herr v. Köller hätte dann noch einige recht bitterböse Stunden, aber auch Gelegenheit gehabt, sich abermals ein gründliches Fiasko zuzuziehen.

Es kam anders. Nachdem gestern unter dem frischen Eindruck der Bebel'schen Rede die Ablehnung des § 112, welcher die Angehörigen des Heeres und der Marine schützen will gegen „umstürzlerische“ Propaganda, abgelehnt worden war, bemächtigte sich der „Ordnungsparteien“ die vollste, galgenhumoristisch zum Ausdruck gelangende Resignation. Sie waren ohne Weiteres und mit Freuden bereit, der für sie und die Regierung so sehr schlimmen Situation ein schnelles Ende zu machen durch Akzeptirung des vom Abg. Richter empfohlenen summarischen Verfahrens, welches darin bestand, daß die übrigen Punkte der Regierungsvorlage und der Kommissionsbeschlüsse ohne Debatte abgelehnt wurden. Es war nur noch eine bloße parlamentarische Formalität, der damit genügt wurde. Die Sozialdemokratie kam dabei allerdings um einige Reden, das Gericht, welches grade sie über die Reaktion zu halten hatte, wurde erheblich abgekürzt. Aber sie hat dabei wahrlich nichts verloren; hauptsächlich ihr kommt der Eindruck, den das summarische Verfahren auf die ganze zivilisirte Welt nothwendig machen muß, zu Gute. Moralisch „tödter“, als die Regierung und ihre Bundesgenossenschaft schon war hätte sie schwerlich geschlagen werden können. Und so war das Schweigen zu dem ganzen großen Rest der Vorlage im Grunde genommen das Würdigste, was beim Begräbniß dieses Monstrums reaktionärer Gesetzgebungskunst geschehen konnte. Die Abstimmung über jeden einzelnen Paragraphen war ein Fußtritt, der das Ungethüm gliedweise in den Orkus beförderte. Binnen einer knappen halben Stunde war's geschehen. Und damit war denn zugleich volle Genugthuung geübt wider die drei preußischen Minister, den der Polizei, den der Justiz und den des Krieges, die ihre ganze Autorität für das Zustandekommen des Gesetzes einsetzten, während die Vertreter aller übrigen deutschen Bundesstaaten ein beredtes Schweigen beobachteten.

„Wenn nicht, denn nicht“, — sagte Herr v. Köller in der ersten Berathung der Vorlage. Nun, diesmal war's nichts. Wir sind überzeugt, der preußische Herr Polizeiminister wird sich zu trösten wissen mit dem Bewußtsein, nach bestem Vermögen seine „Schuldigkeit“ gethan zu haben. Und an maßgebender Stelle wird man dafür Verständniß haben und ob des bewiesenen guten Willens den ebenfalls gründlich bewiesenen Mangel an staatsmännischer Klugheit und Geschicklichkeit entschuldigen oder gar als nicht vorhanden erachten. Denn: „wat den Eenen sien Uhl is, is den Annern sien Nachtigall“. Wir gönnen es dem Herrn v. Köller von Herzen, wenn die maßgebende Stelle ihn nach wie vor als „tüchtigen Staatsmann“ erachten sollte. Auf die unwillkürlich allen politischen Kreisen sich aufdrängende Frage: „Was nun?“ wird ohne Zweifel zunächst er eine Antwort geben. Wir kennen dieselbe schon; sie lautet: rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie auch ohne „Umsturzgesetz“ auf Grund zweckentsprechender Auslegung und Handhabung der bestehenden Gesetze. Darauf mögen unsere Genossen in Preußen sich einrichten. Soweit die Macht und der Einfluß der preußischen Regierung reicht, wird sie auf Polizei und Justiz einwirken, daß dieselben eine Praxis im Sinne und im Geiste der vernichteten Umsturzvorlage entfalten. Die Sozialdemokratie wird sich auch damit abzufinden wissen.

Von der Weltbühne.

Der Fall der Umsturzvorlage und die damit verknüpfte schwere Niederlage der Regierung beschäftigt natürlich die gesammte Presse, so weit sie nicht durch das überraschend schnell gekommene Ende der Qual so verblüfft geworden ist, daß sie die Sprache bis zum Erscheinen der nächsten Nummer noch nicht wiedergefunden hat. Je nach der Parteistellung der einzelnen Preßorgane begegnen wir da lachenden und weinenden Gesichtern, wie solchen, die noch nicht wissen, wofür sie sich entscheiden sollen. Sehr bedrückt erklärt z. B. der nationalliberale „Hann. Cour.“:

„Da nach Lage der Dinge irgend ein ersprießliches Ergebniß aus den weiteren Berathungen des Reichstages nicht hervorgehen konnte, ist dieser schnelle Abschluß jedenfalls das Beste, was jetzt noch geschehen konnte. Bedauerlich bleibt es aber, daß der erste Akt eines Vorgehens gegen den revolutionären Umsturz mit einem Mißerfolg abschließt. Wo die Schuld liegt, ist an dieser Stelle wiederholt auseinandergesetzt worden. Ob bei einer klareren und geschickteren Haltung der Regierung wenigstens etwas zu erreichen gewesen wäre, läßt sich bei der Unberechenbarkeit des zu einer Mehrheit nothwendigen Zentrums nicht sagen. Eine so eklatante Niederlage, bei der die Regierung schließlich faß alle Parteien gegen sich hatte, hätte aber sicher vermieden werden können.“

Die „Voss. Ztg.“ erklärt dahingegen: „Wir freuen uns, daß die Umsturzvorlage beseitigt ist, aber wir bedauern es, daß sie jemals eingebracht worden ist. Die Sozialdemokratie ist wahrscheinlich auch darüber erfreut, daß die Vorlage beseitigt ist, aber in viel höherem Grade ist sie darüber erfreut, daß diese Vorlage eingebracht, von ihr bekämpft und durch ihren Beistand abgelehnt worden ist. Die Sozialdemokratie feiert, wie Herr Gröber richtig bemerkte, einen Triumph, und diesen Triumph gönnen wir ihr nicht; wir halten es für schädlich, daß sie diesen Triumph hat feiern können. Und wir machen der Regierung einen schweren Vorwurf daraus, daß sie ihr diesen Triumph bereitet hat. Für das öffentliche Wohl wäre es das allein Zuträgliche gewesen, die Sozialdemokratie in der Lage zu belassen, in der sie sich bei Beginn der Reichstagssession befand, und zuhig abzuwarten, wie sie sich in dieser Lage weiter entwickeln würde..... Jetzt steht die kraftvolle Regierung, die berufen war, das schwächliche Regiment des Grafen Caprivi abzulösen, in einer so unbehaglichen Lage da, wie sie selten einer Regierung beschieden gewesen ist. Sie hat von der Sozialdemokratie nicht allein, sondern noch mehr von dem Zentrum Dinge anhören müssen, wie sie einer Regierung nicht oft gesagt werden, und sie hat sich diesmal keineswegs von dem Grundsatze leiten lassen, daß irgend etwas geschehen müsse, um solche Reden zu beantworten, sondern sie hat geschwiegen. Sie ist jetzt vor die Wahl gestellt, ob sie die Folgen eines begangenen Fehlers dadurch gut machen will, daß sie einen noch größeren Fehler begeht, oder ob sie sich zu der Einsicht bekehren will, daß sie andere Wege einschlagen muß.“

Die Berliner „Volksztg.“ weist ebenfalls darauf hin, daß nicht so bald eine Regierung eine so grandiose Niederlage erlitten hat. „Der bloße Hinweis auf das ungeheure Aufgebot von Versuchen und Mitteln, die öffentliche Meinung und das Parlament von der Nothwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Umsturzvorlage zu überzeugen, genügt, die ganze Größe der Niederlage kenntlich zu machen: nichts, nichts, drei Mal nichts ist erreicht worden trotz der monatelangen Erregung und Aufwühlung auch der politisch trägsten und geduldigsten Schichten des Volkes! Und wäre es mit der wuchtigen Niederlage der Regierung abgethan! Aber ach! Kein Besiegter ohne einen Sieger! Auf die Vernichtung der Sozialdemokratie war es abgesehen — aber auf den Mitteln, die man wählte, lastete der Fluch der Nemesis: die Niederlage der Regierung schließt in sich einen Triumph der Sozialdemokratie, im weiteren Sinne des „Umsturzes“ überhaupt, wie ihn sich die kühnste Phantasie nicht zu erträumen vermöchte. Man hatte es in diesem Generalfeldzuge gegen die Sozialdemokratie schnell und sicher dahin gebracht, daß das Unerhörte geschah: immer näher rückten auch die Kreise des Volkes, die der Sozialdemokratie so feindlich wie möglich gegenüberstehen, an die sogenannten Umsturz-Parteien heran zur gemeinsamen Vertheidigung gegen gemeinsame Gefahren. Zuletzt war es so weit gekommen, daß die unzweifelhafteste „Bourgeoisie“, die staatserhaltendste“ Wohlgesinntheit mit ihren Leibern die Sozialdemokratie zu decken schien. So sehr war es den Vertheidigern der Umsturzvorlage gelungen, dem aufgerüttelten öffentlichen Gewissen klar zu machen, daß die Vorlage, Gesetz geworden, Tod bringen würde jedem Streben nach Wahrheit, nach Freiheit, nach Fortschritt, Tod bringen würde jeder Kritik an der Fäulniß, die unser Gesellschaftskörper an mehr als einer Stelle allzu aufdringlich verräth. Und zu Wege gebracht hat man es auf diese Weise, auch in nicht sozialdemokratischen Kreisen Sympathien zu erwecken für die Art, wie an der Seite der entschiedenen Liberalen die sozialdemokratischen Wortführer die bedrohte moderne Weltanschauung vertheidigten gegen die noch immer mittelalterlich infizirte Dunkelmännerei, die sich namentlich in der Kommission in ihrer ganzen abschreckenden Kulturfeindlichkeit offenbarte.“

Die „Frankf. Ztg.“ verweist mit Recht auf die Lehre, die für den Minister v. Köller aus dem Ausgange des Umsturzfeldzuges erwächst. Sie schreibt: „Der Reichstag habe Gesetze anzunehmen und Gelder zu bewilligen, so meinte Herr v. Köller in merkwürdiger Auffassung der Stellung der Volksvertretung in unserem nationalen Leben; nun hat er in allerbündigster Form den Beweis, daß der Reichstag doch auch noch etwas Anderes kann, nämlich Gesetzentwürfe ablehnen, von denen die Regierung behauptete, daß ohne ihre Annahme sie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht garantiren könne. Denn so hieß es ja in der Rede, mit welcher der Herr Reichskanzler die Umsturzvorlage dem Reichstage übergab, sie enthalte das „Mindestmaß“ dessen, was die Regierung zu dem bezeichneten Zwecke nöthig habe. Die logische Folgerung wäre, daß die Regierung nunmehr ihre Hauptaufgabe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht mehr garantiren, also anderen Männern Platz machen müßte, die sich dieser Aufgabe gewachsen fühlen; ob diese Folgerung gezogen wird, erscheint Angesichts der bei uns vorhandenen Sorte von „Parlamentarismus“ mehr als fraglich. Immerhin aber halten wir es für unausbleiblich, daß die bei der Umsturzaktion hauptsächlich hervorgetretenen Minister, also der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und namentlich Herr v. Köller, die nun davongetragene schwere Niederlage nicht lange als Minister überdauern werden. Denn es ist unleugbar, daß ihr Ansehen eine außerordentlich schwere Schädigung erfahren hat, die auf die Dauer eine ersprießliche Leitung der Reichspolitik mindestens stark erschweren würde. Von Herrn von Köller gilt dies selbstverständlich in weit höherem Maße, als von dem Fürsten Hohenlohe, dem man wohl hauptsächlich nur den Vorwurf zu machen hat, daß er eine Aufgabe übernommen hat, über deren Schwierigkeiten und Gefahren er sich von vornherein klar sein mußte, und daß er im weiteren Verlauf der Dinge Leute, wie Herrn v. Köller die Zügel schießen ließ, von deren Anschauungen er, so wenig er mit dem Liberalismus gemein hat, doch ziemlich weit entfernt steht.“

Eine Sonderbedeutung hat der Ausgang der Berathungen nach der Seite, daß er einen scharfen Bruch zwischen Regierung und Zentrum darstellt. „Die Regierung, meint die „Freis. Ztg.“, hat diesen Bruch herbeiführen wollen. Anderenfalls wäre es ihr ein Leichtes gewesen, noch einzelne Theile der Vorlage, so beispielsweise den Mititärparagraphen 112, zur Annahme zu bringen und damit eine Grundlage für weitere Verständigungen mit der Zentrumspartei in der dritten Lesung zu schaffen.“

Die klerikale „Germania“ giebt wohl dem gleichen Gedanken Ausdruck in den lakonischen Worten: „Dem Begräbniß der Umsturzvorlage folgt am Montag das Begräbniß der Tabakfabrikatsteuervorlage.“

Sehr treffend karakterisirt unser Wiener Parteiblatt, die „Arbeiterzeitung“, die Bedeutung des kläglichen Scheiterns des Umsturzfeldzuges: Stolz und unbesiegbar geht die Sozialdemokratie aus diesem Kampfe hervor. Es hat sich bei diesem Anlaß glänzend erwiesen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie der Kampf gegen die Kultur ist. Alle Fortschritte, alle kulturellen Besitzthümer sind in der Sozialdemokratie vertreten, mit ihr so unlöslich verknüpft, daß der frevlerische Versuch, die Sozialdemokratie zu ersticken, alle Geister der Nation entfesseln konnte, sichtbar erweisend, wie modernes Empfinden, die Achtung vor der geistigen Freiheit, das politische Recht ganz und gar auf Seite der Arbeiter sind. Der Fall der Umsturzvorlage ist ein Sieg unserer Ideen, gegen die jeder Ansturm eitel und vergeblich bleibt. Die Sozialdemokratie schreitet von Sieg zu Sieg, von Nation zu Nation, und ihren Lauf hemmt keine Macht.

Was nun? fragt bereits ein Theil jener Presse, die seinerzeit die Hauptschreier nach einer Umsturzvorlage stellte, Angesichts des furchtbaren Fiaskos, das die Regierung zusammen mit den Helfern am Werke der Umsturzbekämpfung erlitten haben. Daß es nicht einmal zu einer dritten Lesung gekommen und damit neue Gelegenheit zu allerlei Mogeleien hinter den Kulissen gegeben ist, wird von den Leutchen zum Theil sehr schmerzlich empfunden. Herr Dr. Böttcher, der jüngst aus dem Reichstag Hinausgewiesene bedauert, das hauptsächlich deshalb, weil, wie er den „Hambg. Nachrichten“ schreibt, „die in der dritten Berathung vorgeschriebene Generaldebatte Gelegenheit geboten haben würde, die Ansichten von Regierung und Parteien über das, was nun geschehen soll, zu hören.“ Er tröstet sich aber dann damit: „Indeß sprechen die Lehren der Tragikomödie, deren endlichen Abschluß alle Welt mit erleichtertem Aufathmen begrüßt, deutlich genug, um Jedem, der den Willen und den Muth hat, richtig zu sehen, den Weg für die Zukunft zu zeigen.“

Dieser „Weg für die Zukunft“ ist nach der längst bekannten Bismarck'schen Theorie der „Hamb. Nachr.“ natürlich ein Ausnahmegesetz. Wenn die Nationalliberalen und Konservativen entscheidend wären, würde Herr v. Köller wohl bald den Auftrag erhalten, eins ausarbeiten zu lassen. So einfach liegt aber die Sache nicht. Der Reichstag, welcher der Regierung die „gemeinrechtlichen“ Mittel zur „Umsturzbekämpfung“ verweigerte, dürfte noch weniger geneigt sein, ihr ein offenes Ausnahmegesetz in die Hände zu geben. Vernünftigerweise haben nicht alle Parteien die Lehren des verflossenen Sozialistengesetzes so gründlich in den Wind geschlagen, wie die Nationalliberalen und die Stumm und Genossen. Denjenigen, die sofort in den Ruf „Ausnahmegesetz“ ausbrechen, gießt denn auch der „Hamb. Corresp.“ einen ganzen Kübel kalten Wassers über den Kopf, indem er schreibt:

„Herr v. Köller hat bei der ersten Berathung gesagt: Wenn nicht, na — denn nicht! Und er hat am Donnerstag diese Auffassung der Sachlage mit mancherlei Varianten bekräftigt. Vielleicht wird dieser Gleichmuth nicht überall getheilt, aber wenn irgendwo ist jetzt der „Muth der Kaltblütigkeit“ am Platze, damit dem ersten Fehlschlage nicht ein zweiter, noch schwererer folge und die Zuversicht der Sozialdemokratie noch stärke. Weder eine Auflösung des Reichstages, noch ein neues Sozialistengesetz kann in Frage stehen; für beide Maßnahmen weht kein Wind im Volke, und ohne die Mehrheit der Nation wären sie nur mit Gewaltstreichen durchzusetzen, die den Bestand des Reiches in seinen Grundfesten erschüttern, wenn nicht zerstören müßten. Nicht das Heer, sondern die Polizei und die Feuerwehr hat ein muthiges Wort des Kriegsministers sozialdemokratischen Uebergriffen entgegengestellt. Wie dieser Ausspruch im Parlament erfrischend gewirkt hat, so soll er auch in unserem politischen Leben eine Wahrheit, eine Macht werden. Der Staat hat auch jetzt scharfe Waffen in der Hand: er gebraucht sie gegen jede Ungesetzlichkeit ohne Ansehen der Person. Das wäre die „Polizei“, und die „Feuerwehr“ sollen die bürgerlichen Parteien bilden; daß sie in geschlossener Einheit etwas gegen die Sozialdemokraten vermögen, beweisen die letzten Ersatzwahlen zum Reichstag.

„Freilich ausrotten läßt sich die Gefahr nicht, dazu ist sie schon zu weit gediehen. Aber wie man wilde Wasser sorgsam durch Dämme, Wehre, Kanäle, Staubecken zähmen und sogar dienstbar machen kann, so muß auch erstrebt werden, eine machtvolle Volksbewegung nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen des Vaterlandes sich entwickeln zu lassen. Das geht nicht von heute auf morgen; es ist mühsam und mißlingt oft im Einzelnen. Es ist aber doch der einzige Weg, zugleich mit dem Fortschritt der Kultur und der wirthschaftlichen Kraft auch die innere Festigung des Reiches zu erreichen. Man kann Agitatoren einsperren und Aufstände niederschlagen: was ist damit viel gethan, wenn die Gründe der Unzufriedenheit fortdauern und die Ideen weiterleben? Dann werden die letzten Dinge ärger als die ersten sein. Das Scheitern des Umsturzgesetzes ist wahrlich kein Uebel; es kann sogar zu einer neuen Epoche nationaler und reformatorischer Politik leiten, wenn am Ruder des Reichsschiffes Männer mit fester Hand und klarem Blicke stehen.“

Also, heran Ihr Spritzenmänner der bürgerlichen Parteien, füllt Eure Schläuche und gießt den lohenden Brand der Unzufriedenheit aus, damit die Sozialdemokratie in Euren Zufriedenheit spendenden Wassern ersäufe!

Die Reichstagskommission für die Gewerbenovelle beendete am Freitag die erste Lesung. Der sozialdemokratische Antrag auf Regelung des Verhältnisses zwischen Schauspielunternehmern und Schauspielern wurde der Regierung als Material überwiesen. Ein Antrag von Dr. Hasse (N.L.), welcher den Kolportagebuchhandel von Art. 7 der Vorlage (Verbot des Detailreisens) ausnehmen will, wurde abgelehnt, ebenso ein zweiter Antrag Hasse, wonach die Ortspolizeibehörde im Einverständniß mit der Gemeindebehörde das Feilbieten bestimmter Gegenstände des Wochenmarktes für den Gemeindebezirk oder einzelne Theile soll verbieten.

Aus der Novelle zum Reichs-Invalidenfondsgesetz, welche dem Reichstage zugegangen und hauptinhaltlich schon mitgetheilt ist, haben wir noch nachzutragen, daß Pauschalsummen zu Beihülfen für bedürftige ehemalige Kriegstheilnehmer den einzelnen Kontingentsverwaltungen überwiesen werden sollen nach Maßgabe der Kriegsstärke von 1870/71. Die Zahl solcher bedürftigen alten Krieger wird gegenwärtig auf 15 000 angenommen. Die Beihülfen erfordern daher eine Summe von M. 1 800 000. Auch den elsässischen Kriegern, welche in französischen Diensten 1870/71 gestanden haben, sollen solche Beihülfen gewährt werden. An Unterstützungen für nicht anerkannte Invaliden sind zur Zeit aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds M. 1 738 800 gezahlt. Zu einer Ausdehnung dieser Unterstützung soll der Dispositionsfonds um M. 400 000 erhöht werden.

An dem Sturm auf die Margarine will sich auch das Zentrum betheiligen, aber nur unter gewissen Bedingungen. Die „Germania“ weist darauf hin, daß der im Reichstage eingebrachte Gesetzentwurf keine Unterschriften von Zentrumsmitgliedern trage. Bei der sonst im Zentrum herrschenden agrarischen Strömung ist das einigermaßen auffallend. Den Grund dafür giebt die „Germania“ wie folgt an:

„Es enthält der Gesetzentwurf in seinen Paragraphen zwei und drei die Bestimmung, daß der Betrieb einer Fabrik oder Anlage zur Herstellung von Butter der Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde bedürfe, und daß diese Behörde zu einer ständigen sanitären Ueberwachung des Betriebes, namentlich in Bezug auf die zur Verwendung kommenden Rohstoffe verpflichtet sei. Der Fabrikunternehmer sei verpflichtet, den dazu bestimmten Beamten jederzeit Zutritt zu allen Fabrik- und Lagerräumen zu gestatten und diese Beamten in die von ihm zu führenden Bücher über die Zubereitung und den Handel mit Butter Einsicht nehmen zu lassen. Bis hierher hatte der Entwurf auch für zahlreiche Mitglieder des Zentrums kein Bedenken, zumal diese Bestimmung auch für die Herstellung von Margarine Anwendung finden sollte. Dagegen mußte der folgende Absatz des § 2 recht bedenklich erscheinen, indem es weiter heißt: „Kleinbetriebe, die lediglich Butter für eigenen Bedarf herstellen, sind zur polizeilichen Anmeldung nicht verpflichtet.“ Durch diese Bestimmung wird der Bauernstand bis in den kleinsten Betrieb herab mit einer unerträglichen polizeilichen Kontrole bedroht, indem ein jeder Bauer, welcher auch nur ein paar Pfund Butter wöchentlich zu Markte bringt, nicht allein seinen Betrieb polizeilich melden, sondern auch, wie es der Zusammenhang des § 2 deutlich erkennen läßt, lästigen Inspektionen unterstellen muß. Es hatte nun bereits eine größere Anzahl von Mitgliedern der Zentrumspartei sich im Uebrigen zur Unterstützung des Gesetzentwurfs bereit gefunden, aber die fragliche Bestimmung, durch welche der kleine Bauernstand mit empfindlichen Vexationen seitens der unteren Polizeiorgane bedroht wird, gab doch den Anlaß zur Zurückhaltung der Unterschriften. Es steht indessen in Aussicht, daß die Vorlage, wenn sie in Betreff jener Polizeischranken eine Abänderung erfährt, und wenn die Kleinbauern lediglich der Kontrole der Marktpolizei wie bisher unterstellt bleiben, auch von Seiten zahlreicher Zentrumsmitglieder Unterstützung finden wird.“

Die Stichwahl in Weimar-Apolda hat nicht den schon als sicher gemeldeten Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Baudert gebracht; sein Gegner Reichmuth hat ihn noch um eben 100 Stimmen überholt. Nach der amtlichen Feststellung erhielt Baudert 9140 Stimmen, Reichmuth aber 9556. Am 25. April erhielt Baudert 5742, Reichmuth 5257 Stimmen. Daneben wurden 4660 freisinnige und 2351 nationalliberale Stimmen abgegeben. Die Stichwahl brachte noch rund 1000 Wähler mehr an die Urne, als bei der Hauptwahl erschienen, und es kann somit angenommen werden, daß die am 22. April Abstimmenden auch diesmal ziemlich vollzählig wieder kamen. Danach hat offenbar der größte Theil des Freisinns für Baudert gestimmt, während die Nationalliberalen vollzählig für den antisemitisch-konservativen Kandidaten des Bundes der Landwirthe stimmten. Sie haben dadurch bewiesen, daß sie mit Leib und Seele zu der reaktionären Sippschaft gehören. Daß die Freisinnigen, die noch in Eschwege-Schmalkalden einem der widerlichsten Vertreter des Antisemitismus gegenüber dem Sozialdemokraten zum Siege verhalfen, jetzt für den sozialdemokratischen Kandidaten eintraten, kann als bezeichnendes Zeichen der Zeit gelten, aus dem auch die Regierungsmänner lernen könnten, wenn sie sich darum bemühen. Es legt Zeugniß ab von der Stimmung der Wählermassen gegenüber den reaktionären Treibereien, die in dem Umsturz-Wechselbalg zunächst ihren Gipfelpunkt erreicht haben. Würde die Regierung heute, nachdem der Reichstag ihr die Umsturzvorlage, in Fetzen zerrissen, vor die Füße warf, den Reichstag auflösen, eine gewaltige Stärkung der Opposition wäre ohne Zweifel die Folge. Vielleicht wäre es Herrn v. Köller trotzdem zuzutrauen, daß er Lust hätte, ein Tänzlein zu wagen; aber wir glauben, daß seine Kollegen im Ministerium und der Reichskanzler ihren Wagemuth doch etwas im Zaume kühlerer Ueberlegung halten.

Trotzdem es nicht gelungen ist, den Sieg für den sozialdemokratischen Kandidaten zu erringen, so muß die Wahl doch als Zeichen der Zeitströmung gelten. Unsere Genossen in Weimar-Apolda aber mögen bis zum nächsten Ringen ihr Feld so beackern, daß der Wahlkreis Weimar-Apolda denen zugezählt werden muß, welche der Sozialdemokratie „unrettbar“ anheimgefallen sind.

Die Wahl in Lennep-Mettmann, bei der nach unerhörten Wahlpraktiken der Gegner Genosse Meist den vereinigten bürgerlichen Parteien unterlag, wird von sozialdemokratischer Seite angefochten werden. Die „Elberfelder Freie Presse“ schreibt dazu: „Das eingesandte Material, welches, soweit es nicht offenkundig nachgewiesen, durch hinlängliche Zeugenangaben dokumentirt ist, war so schwerwiegender Natur, daß wir an einem Erfolg des Protestes nicht zweifeln. Mag ein neuer Wahlkampf auch wieder neue Opfer an Geld und Einsetzen der geistigen Kraft fordern, wir sind überzeugt, daß die Genossen allerwärts unser Vorgehen billigen, und Jeder sich gelobt, das seinige zu thun, daß dann der Sieg unser ist.“

Zur Nachwahl in Köln-Stadt wird von dort berichtet: Die Polizei verhinderte die Abhaltung der für Sonntag geplanten Wählerversammlung im Zirkus Renz. Durch dieses behördliche Eingreifen ist das Zentrum vor der Kritik seiner skandalösen Reaktionspolitik und seiner lügenhaften Wahlmanöver geschützt.

Offenbar handelte die Polizei dabei im Banne der ersten Schönstedt'schen Rede, die dem Zentrum, wenn es über den Stock sprang, die Aussicht eröffnete, Regierungspartei zu werden. Der schöne Wahn ist ja inzwischen gründlich zerstört.

Bei der Stichwahl in Ulm, die am 14. d. M. stattfindet, liegt bekanntlich die Entscheidung bei der Sozialdemokratie, wenn die Zentrumswähler, wie bei der ersten Wahl, an der Wohlenthaltung festhalten, und die Wahl des Demokraten Hähnle würde die ziemlich sichere Folge sein. Da kann man denn ein hübsches Schauspiel sehen. Die „Wirthschaftspartei“, d. h. agrarisch vermummte Nationalliberale, betteln beim Zentrum, das sie erst in neuester Zeit mit den pöbelhaftesten Schmähungen überschüttet haben, um Hülfe für ihren Kandidaten Ehmann. Der Vorstand der Wirthschaftspartei richtete an den Reichstagsabgeordneten Gröber die Anfrage, ob es das Zentrum nicht für angezeigt erachte, statt den Sozialdemokraten die Entscheidung der Stichwahl zu Gunsten des freihändlerischen Demokraten in die Hand zu geben, die geübte Wahlenthaltung aufzuheben und den Ausschlag durch die Wähler des Zentrums zu Gunsten ihrer eigenen Sache zu geben. Gröber hat nun diese Bettelei dahin beantwortet, daß das Zentrum nach wie vor Stimmenthaltung proklamiren werde, und wird wohl das Mandat in die Hände der Volkspartei übergehen.

Mit den Wählern droht Herr Dr. Böttcher, der eben abgesägte Reichstagsbote, in der „National. Korresp.“, der Reichstagsmehrheit, wenn sie nicht über Pfingsten hinaus tagen wolle, um noch einige reaktionäre Vorlagen unter Dach zu bringen. Der nationalliberale Ober-Preßkommandör meint, wenn sich der Reichstag dessen weigere, so werde die Wählerschaft allmälig in diejenige Stimmung kommen, in der man ihr zu begegnen hoffe, wenn es nach einigen Jahren zur Abrechnung mit diesem Reichstage kommt. — Die Nationalliberalen haben Angesichts der stattgehabten Ersatzwahlen doch am wenigsten Ursache, sich noch irgendwie auf eine Wählerschaft der Zukunft zu berufen. Bezeichnend aber ist es, daß grade die „National. Korresp.“ auf eine Ueberhastung von Gesetzentwürfen drängt, welche lediglich neue Steuern und neue Polizeibeschränkungen im Gefolge haben. Je weniger schlechte Gesetze derart in diesem Reichstage zu Stande kommen, desto zufriedener wird die Wählerschaft damit sein. Gute Gesetze sind aber von der jetzigen agrarischen-reaktionären Mehrheit nicht zu erwarten.

Zur Berufs- und Gewerbezählung am 14. Juni hat der preußische Justizminister durch eine allgemeine Verfügung v